

**VORSTELLUNG ARBEITSPAPIER -
Zusammenarbeit Bregenzer Volkspartei und
Grüne Bregenz**

Pressekonferenz – Dienstag, 24. Mai 2005

Bürgermeister DI Markus Linhart

Vizebürgermeister Dr. Gernot Kiermayr

ARBEITSÜBEREINKOMMEN

zwischen der Bregenzer Volkspartei und den Grünen Bregenz

I. PRÄAMBEL

Die Grundlage des politischen Handelns der Bregenzer Volkspartei ist ein christliches, soziales Weltbild. Diesem Menschenbild entsprechend trägt jeder für sein Handeln Verantwortung und auch Mitverantwortung für die Gemeinschaft. Die Volkspartei verfolgt den Grundsatz, im eigenen Wirkungsbereich der Stadt erst das Notwendige, dann das Nützliche und zum Schluss das Angenehme zu tun.

Grundlage politischen Handelns der Grünen ist die Vision einer nachhaltigen sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Stadtentwicklung. Dabei bekennen sich die Grünen zur Gleichwertigkeit aller Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung.

Auf Basis dieser ihrer ethischen Werthaltungen haben die Bregenzer Volkspartei und die Grünen Bregenz das folgende Arbeitsübereinkommen für die Jahre 2005 bis 2010 beschlossen.

II. STADTPLANUNG

1. Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit

- a) Es wird mit fachlicher Unterstützung ein „Gemeinwesenprojekt Brachsenweg“ umgesetzt - unter Einbeziehung dieser Erfahrung wird ein Konzept für Gemeinwesenarbeit erstellt.
- b) Unter Nutzung der Möglichkeiten des Vereins „Lebensraum“ werden individuelle Konzepte zur Entwicklung von Stadtteilzentren erarbeitet und umgesetzt.

2. Planung und Gestaltung

- a) Die Verbindlichkeit der bestehenden Siedlungs- und Bebauungsgrenzen gemäß REK, insbesondere nördlich der Heustraße und am Pfänderhang, wird aus heutiger Sicht bestätigt.
- b) Es wird ehestmöglich ein Planungs- und Gestaltungsbeirat bestellt, der die städtischen Gremien bei Bauvorhaben und in Fragen der Stadtplanung berät.

- c) Es wird ein Flächenmanagement (Ankauf bzw. Abtausch) zur Sicherung von Grundstücksreserven eingerichtet. Die Flächen Schlossberg, Kronhalde und Landspital bieten als Ressourcen Handlungsspielraum, insbesondere zur Weiterentwicklung des Senioren- und Sozialkonzeptes.
- d) Bei der Neu- und Umgestaltung von Plätzen werden Elemente wie Wasser, Pflanzen oder Steine berücksichtigt, sanitäre Einrichtungen einbezogen und eine entsprechende architektonische, ökologische und pädagogische Qualität sichergestellt.
- e) Bei Angelegenheiten der Stadtplanung und Stadtgestaltung sowie bei größeren Bauprojekten sollen im gesamten Stadtgebiet geeignete Bürgerbeteiligungsverfahren vorgesehen werden.

3. Innenstadt

- a) Der Wohnanteil in der gesamten Innenstadt soll mittels geeigneter Maßnahmen erhöht werden.
- b) In enger Verbindung mit Stadtmarketing, Stadtplanung und Wirtschaft werden Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten des Seestadtareals geprüft.
- c) Für die Sanierung der Kaiserstraße, der Schulgasse und der Kaspar-Hagen-Straße wird unter Einbeziehung der AnrainerInnen und der Wirtschaftstreibenden ein Gesamtkonzept erarbeitet und umgesetzt.
- d) Um auf ihre zentrale Lage hinzuweisen wird die Hafengarage in City-Garage umbenannt und durch Marketingmaßnahmen in einem überschaubaren finanziellen Rahmen begleitet.

4. Molo, Hafen, Pipeline

- a) Bei einer allfälligen Veräußerung sichert sich die Stadt eine Beteiligung an ÖBB-Hafen, Molo und ÖBB-Areal.
- b) Die Stadt stellt die öffentliche Nutzung der Pipeline und in weiterer Folge eine qualitative Verbesserung für die Benutzer sicher.

5. Vision Rheintal

Die Landeshauptstadt beteiligt sich aktiv am Prozess „Vision Rheintal“. Es werden halbjährlich öffentliche Berichte zu diesem Thema vorgelegt.

6. Abteilung Stadtplanung

Es wird sichergestellt, dass innerhalb des Bereiches Stadtplanung/Bau des Amtes der Landeshauptstadt Bregenz beide Bereiche mit ihren jeweiligen verantwortlichen Mitarbeitern fachlich gleichberechtigt gestellt werden (fachliche Weisungsfreiheit innerhalb der Amtsorganisation).

III. VERKEHR

1. Stadtbus

- a) Priorität hat die Ausdehnung des Fahrbetriebs vorerst um ca. eine Dreiviertelstunde werktags bis nach 20.00 Uhr und Sonn- und Feiertags bis nach 18.00 Uhr.
- b) Die Schülerbeförderung soll mit dem Ziel einer besseren Integration in den Stadtbusbetrieb überprüft werden.
- c) Es wird die Einführung des Viertelstundentakts – im Rahmen der Gesamtmittel des Verkehrsbudgets – geprüft.

2. Fahrrad- und Fußgängerverkehr

- a) Das Bregenzer Radwegenetz wird insbesondere für PendlerInnen flächendeckend ausgebaut und das Radwegekonzept in diesem Sinne umgehend überarbeitet.
- b) Als vordringliches Projekt wird ein Radweg zwischen dem Riedener Tunnel und dem See mit Diagonalquerung der Rheinstraße beim Interspar in Angriff genommen.
- c) Es werden Anschlüsse an das überregionale Netz und die Realisierbarkeit einer Radbrücke über die Bregenzer Ache nach Hard geprüft.
- d) Verbesserungen für fahrrad- und fußgängergerechte Ampelphasen werden angestrebt.
- e) Es wird eine Bestands- und Bedarfserhebung innerstädtischer Fußwegverbindungen mit Überprüfung der jeweiligen Rechtslage mit dem Ziel der Wiederbelebung in Angriff genommen, wo es Sinn macht.
- f) Für den Rad- und Fußgängerverkehr werden Marketingmaßnahmen (Stadtkarten) ins Auge gefasst.
- g) In Bezug auf die Schneeräumung werden Radwege und Autofahrbahnen wo immer möglich gleich behandelt. Es wird eine Initiative zur Verbesserung der Gehsteigräumung in Zusammenarbeit mit den zur Räumung Verpflichteten gesetzt.
- h) Es wird wieder eine Förderung für Kinder-Fahrradanhänger für Bregenzer Familien eingeführt; Grundlage ist die Zusammenarbeit der betroffenen Handelsbetriebe, insbesondere die Führung einer gemeinsamen Kartei.

3. Verkehrspolitik

- a) Es werden geeignete Maßnahmen zur Verringerung des motorisierten Transit-, des Ziel- und Quell- sowie des Binnenverkehrs erarbeitet.
- b) Die Stadt tritt für eine regionale Mobilitätspolitik und ein städtisches Mobilitätsmanagement ein.

IV. UMWELT

1. Erneuerbare Energie

- a) Bis 2007 soll ein Bio-Masse-Projekt mit städtischer Beteiligung projektiert sein und unverzüglich umgesetzt werden. Auf Verträglichkeit in Bezug auf den Standort und Wirtschaftlichkeit ist zu achten.
- b) Bis Ende 2005 werden eine Objektliste und anschließend ein Fahrplan zur möglichen solarthermischen Nachrüstung städtischer Gebäude vorgelegt.

2. Öko1

Öko 1 wird bei städtischen Neubauten angewandt und bei Sanierungen angestrebt.

3. Feinstaub

Die Stadt Bregenz fordert beim Land ganzjährige Messungen ein und befürwortet die allfällige Durchführung eines Maßnahmenkatalogs gemäß IG Luft.

4. Mobilfunk

Gemäß dem Ziel der Standort-Optimierung lässt die Stadt eine Datengrundlage (Immissionskataster) erstellen, auf deren Grundlage bestehende und künftige Mobilfunkanlagen beurteilt werden.

5. Abfallwirtschaft

Es wird eine Sperrmüllentsorgung und –entrümpelung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und mit Maßnahmen zur Vermeidung von Mülltourismus eingeführt.

6. Naturschutz

Es werden alle geeigneten – etwa widmungsrechtlichen – Maßnahmen zur Erhaltung der Bregenzer Naturschutzgebiete und des freien Bodenseeufers ergriffen.

V. FINANZEN

1. Sanierung des städtischen Haushalts

- a) Unter Berücksichtigung der Kernkompetenzen städtischer Politik werden die Sanierungspotenziale gesucht.
- b) Es wird eine maßvolle Personalpolitik unter Berücksichtigung der Aufgabenstellungen und des Arbeitsmarkts betrieben.

2. Vertragsüberprüfungen

Die Verträge für folgende Projekte werden mit dem Ziel positiver Effekte für das städtische Budget überprüft:

- a) Mobile City

- b) Tiefgarage
- c) Blumeneggsaal
- d) Theater
- e) Spitalserhalterbeitrag

3. Genderbudgeting

Auf Grundlage der im Land Oberösterreich gemachten Erfahrungen mit Genderbudgeting werden im Koordinationsausschuss gemeinsam Bereiche festgelegt, die darauf hin zu überprüfen sind, inwieweit die städtischen Finanzmittel Frauen bzw. Männern zugute kommen.

4. Finanzausgleich

- a) Externe Ursachen für die Budgetprobleme der Landeshauptstadt werden mit aller Deutlichkeit benannt und Verbesserungen über einen veränderten Finanzausgleich angestrebt.
- b) Die Landeshauptstadt setzt sich für einen interkommunalen Finanzausgleich ein.

5. Ausbau der Sparpotentiale

Es wird ein "Sparbriefkasten" sowohl real im Rathaus als auch virtuell im städtischen Intranet eingerichtet. Namentlich eingebrachte Vorschläge werden bearbeitet, beantwortet, im Intranet publiziert und die besten davon prämiert.

VI. ARBEIT und WIRTSCHAFT

1. Beschaffungswesen

Bis Herbst 2005 wird – unter Berücksichtigung des gesetzlichen Rahmens und der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit – ein Katalog von qualitativen Kriterien für ein nachhaltiges städtisches Beschaffungs- und Ausschreibungswesen erstellt.

2. Lehrlings- und Jugendbeschäftigungsinitiative

- a) Die Landeshauptstadt setzt in Kooperation mit dem AMS Initiativen für ein größeres Angebot an Lehrstellen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche.
- b) Es sollen Privatbetriebe in geeigneter Weise dazu motiviert und in der Verwaltung und in städtischen Betrieben im Rahmen der Möglichkeiten zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden.

3. Hauptschulabschluss

Es soll auch in Bregenz ermöglicht werden, den Hauptschulabschluss nachzuholen.

4. Wirtschaftsförderung

- a) Bregenzer Volkspartei und Grüne bekennen sich zur Stadtmarketing GmbH.

- b) Maßnahmen zur Stärkung des Gewerbes, des Handels und des Tourismus werden gesetzt.
- c) Eine Wirtschaftsservicestelle in enger Kooperation zwischen Stadt und Stadtmarketing wird angestrebt.
- d) Ziel der städtischen Wirtschaftspolitik ist eine aktive Betriebsansiedelung mit Schwerpunkt selbstständiger Klein- und Mittelbetriebe.
- e) Regelmäßiger Gedankenaustausch mit den Wirtschaftstreibenden wird gepflegt.

VII. GESELLSCHAFT und SOZIALES

1. Soziales und Gesundheit

Der begonnene Prozess der Neudefinierung der Kernaufgaben in der Sozial- und Gesundheitsabteilung wird fortgesetzt.

2. SeniorInnen

Das Senioren- und Sozialkonzept wird umgesetzt und weiterentwickelt. Ziel der Politik in diesem Bereich ist die Erhaltung oder Steigerung der Betreuungs- und Pflegequalität in allen Stadtteilen unter Wahrnehmung der politischen Verantwortung durch die Stadt.

3. Geschlechtergerechtigkeit

- a) Ziel ist eine ausgeglichene Vertretung von Frauen und Männern in allen Bereichen, insbesondere in leitenden Funktionen. Dies beinhaltet insbesondere eine vorausschauende Förderung von Frauen im städtischen Dienst.
- b) Die städtische Politik und Verwaltung verwendet eine geschlechtergerechte Sprache.
- c) Es wird ein Ausschuss für Gleichbehandlung Frau/Mann eingerichtet.

4. Integrationspolitik

- a) Es wird ein Ausschuss für Integration/Migration eingerichtet.
- b) Ein Gesamtkonzept für die Integrationspolitik der Stadt wird erarbeitet.

5. Bildung

- a) Die Angebote in Kindergärten und Betreuungseinrichtungen werden insbesondere hinsichtlich Öffnungszeiten, Sprachförderung und Sommerkindergarten weiterentwickelt.
- b) Das Schülerbetreuungskonzept wird unter Einbeziehung neuer Formen und Aufgaben wie etwa der Elternmitarbeit weiterentwickelt.
- c) Die Volksschule Augasse wird auf der Grundlage der Vorschläge der Schulgemeinschaft saniert.
- d) Nach derzeitigem Stand ist im Bereich der Schulen das nächste Sanierungsvorhaben die Volksschule Schendingen.

6. Jugend

- a) Für den Fall einer Veräußerung des Gebäudes Bahnhofstr. 43 wird ein Konzept für das Jugendhaus ‚Between‘ an einem neuen Standort erstellt.
- b) Nach Sichtung des existierenden Jugendkonzepts und anderer Arbeiten wird die Frage einer Aktualisierung des Jugendkonzepts zur Diskussion gestellt.
- c) Im Sinne der Schaffung von Freiräumen für die Jugend und auf Grundlage des Konzepts, das der Jugendausschuss erarbeitet, wird die Realisierung eines „Tschutterplatzes“ auf dem Gelände des Eislaufplatzes beim Stadion oder an einem anderen Ort geprüft.

VIII. GRUNDLAGEN und INSTRUMENTE der Zusammenarbeit zwischen Volkspartei und Grünen

- a) Zur Evaluierung der Zusammenarbeit wird ein Koordinationsausschuss eingerichtet, der aus dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister, den Fraktionsvorsitzenden und je zwei weiteren Personen sowie möglichen Auskunftspersonen besteht.
- b) Mit ihrer Unterschrift unter diesem Übereinkommen verpflichten sich die beiden Parteien die vereinbarten Projekte gemeinsam umzusetzen. Darüber hinaus verpflichten sie sich, sich um gemeinsame Lösungen für alle anderen Fragen zu bemühen.
- c) Neue Fragen und Probleme werden daher zunächst im Koordinationsausschuss besprochen. Ist in diesem Rahmen eine Einigung auf eine gemeinsame Vorgangsweise nicht möglich, bleibt es jeder der beiden Parteien unbenommen, für ihr Anliegen in der Stadtvertretung eine Mehrheit zu suchen.

Auf einen sachlichen und fairen Umgang wird geachtet.

Bregenz, am 24. Mai 2005

DI Markus Linhart
Bürgermeister

Dr. Gernot Kiermayr
Vizebürgermeister

Mag. Michael Rauth
Klubobmann Bregenzer Volkspartei

Heribert Hehle
Fraktionsobmann Grüne Bregenz